

A b s c h r i f t

DEUTSCHER BUNDESTAG  
Abgeordneter

Bonn, den 14. Juni 1954  
Dr. K./A.

Dr. Linus K a t h e r

P e r s ö n l i c h !

An den  
Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union  
Herrn Bundeskanzler Dr. h.c. Konrad Adenauer

B o n n  
Palais Schaumburg

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Ich gebe Ihnen davon Kenntnis, dass ich meinen Austritt aus der CDU erklärt habe und dem Gesamtdeutschen Block /BHE beigetreten bin.

Acht Jahre lang habe ich an der Spitze der Vertriebenenorganisation und -arbeit in der CDU gestanden. Das Vertriebenenproblem stellte eine einzigartige staatspolitische Aufgabe. Die Vertriebenen und Flüchtlinge waren und sind Figuren in Moskaus Spiel. Als Politiker ging ich von der Überzeugung aus, dass eine christliche Partei mit einem sozialen Programm in erster Linie berufen war, die Lösung dieses Problems als erstrangige Aufgabe zu erfassen und durchzuführen.

Wenn ich den bisherigen Weg jetzt verlasse, fühle ich mich verpflichtet darzulegen, was mich zu diesem Schritt zwingt.

Die Arbeit in der CDU ist mir trotz der Bedeutung der Aufgabe niemals leicht gemacht worden. Es hat mir immer an ausreichender Unterstützung gefehlt, und ich habe stets gegen sehr starke widerstrebende Kräfte ankämpfen müssen. Der von mir herbeigeführte Beschluss der Partei aus dem Jahre 1946, dass die Vertriebenen und Flüchtlinge ihrer Zahl entsprechend in allen Gremien vertreten sein sollten, ist immer Theorie geblieben. Ein Musterbeispiel für diese Haltung ist die Zusammensetzung des Parlamentarischen Rates, in den die CDU/CSU keinen Vertriebenen entsandt hat. Ebenso oder ähnlich war es bei der Bildung des Wirtschaftsrates und der Landesparlamente. Auch bei der 1. Bundestagswahl war die Berücksichtigung der Vertriebenen völlig unzureichend, und es sind damals rund eine Million Stimmen aus diesem Lager verloren gegangen, weil die

Vertriebenen und Flüchtlinge infolge dieser Haltung der Parteien zu aussichtslosen selbständigen Kandidaturen ihre Zuflucht nahmen.

Diese undemokratische Verweigerung des politischen Einflusses war die Hauptursache für die Entstehung des BHE und die Erfahrungen der letzten Zeit haben den Beweis dafür erbracht, dass sich an dieser Haltung nichts geändert hat. Es ist kennzeichnend, dass der Block bei der letzten Bundestagswahl mit 1,6 Mio. Stimmen 27 Mandate errungen hat, während in der CDU/CSU die Vertriebenen und Flüchtlinge mit etwa 3,5 Mio. Stimmen nur die gleiche Zahl von Vertriebenen in den Bundestag entsenden konnten.

Dazu kommt, dass die Vertretung der Vertriebenen in den Parlamenten immer wesentlich unzulänglicher gewesen ist als im Zahlenverhältnis zum Ausdruck kam. Es ist bei der Kandidatenaufstellung stets darauf geachtet worden, dass möglichst parteifremde und unselbständige Kandidaten ausgewählt wurden. Wenn es bei der letzten Regierungsbildung geschehen konnte, dass eine Fraktion von 15 Abgeordneten mit zwei Ministern und zwei Staatssekretären bedacht wurde, und dass die 27 Abgeordneten der CDU/CSU mit ihren 3,5 Mio. Wählern im Kabinett aber unvertreten blieben, ja, dass man nicht einmal ein Gespräch mit ihnen für erforderlich hielt, dann erweist das eindeutig die Richtigkeit meiner obigen Behauptung.

In diesem Zusammenhang muss die erstaunliche Tatsache registriert werden, dass die Herren Dichtl und Friedensburg auf dem Parteitag in Köln keinerlei Unterstützung von Seiten der Vertriebenen erhielten, obwohl sie sich doch gerade für den deutschen Osten einsetzten.

Die Zusammensetzung des 1. Bundeskabinetts schloss eine befriedigende Behandlung des Vertriebenenproblems aus. Zum Bundesvertriebenenminister wurde ein Mann berufen, von dem Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, am 22. Oktober 1952 selbst gesagt haben, dass "durch seine schlappe Haltung alle Vertriebenenangelegenheiten, die ins Kabinett kamen von vornherein res judicatae" waren. Dieser Mann, der von Ihnen, entgegen dem Vorschlag der grössten Vertriebenenorganisation und der Vertriebenenabgeordneten der CDU/CSU berufen wurde, blieb volle vier Jahre im Amt, obwohl sein Versagen, zumindest in den beiden letzten Jahren, von niemand schärfer erkannt und kritisiert wurde als von Ihnen. Es kann nicht bestritten werden, dass die Berufung dieses Ministers und sein Verbleiben im Amt während der ganzen ersten Legislaturperiode den Vertriebenen und ihrer Sache einen Schaden zugefügt haben, dessen Höhe kaum überschätzt werden kann.

Ihm gegenüber stand ein Mann wie der Bundesfinanzminister Fritz Schäffer, über dessen Energie und Robustheit ich

Ihnen nichts zu sagen brauche, und der während der ganzen Zeit sich jeder Massnahme zu Gunsten der Vertriebenen entschieden widersetzte.

Wie Herr Fritz Schäffer gegenüber den Vertriebenen eingestellt ist, das hat er nicht nur ständig durch seine Haltung, sondern einmal auch mit dem Wort verraten, nämlich in seiner Rede in Tüntenhausen am 4. Mai 1952. Herr Schäffer sprach schon damals den Vertriebenen das Recht zu Demonstrationen ab, weil sie einen Sonntagsanzug besaßen und mit dem Omnibus fahren konnten. Er scheute sich nicht, die Durchschnittskosten für eine solche Fahrt um das Zwanzigfache zu übertreiben. Und das geschah anlässlich einer katholischen Männerwallfahrt von einem der prominentesten Vertreter einer christlichen Partei.

So kam es, dass uns Gesetzentwürfe vorgelegt wurden, die man geradezu als eine Herausforderung der Vertriebenen bezeichnen musste. Ich erinnere nur an das Gesetz zu Artikel 131 GG. und an das Lastenausgleichsgesetz. Das Gesetz zu Artikel 131 GG. ist bekanntlich in mühevollster Arbeit durch den Bundestag gänzlich umgestaltet und erst zu etwas Tragbarem gemacht worden. Beim Lastenausgleichsgesetz hat Herr Schäffer einen Entwurf vorgelegt, der von einer 50 %-igen Vermögensabgabe sprach, die in Wirklichkeit und nach ausdrücklichen Zugeständnis von Herrn Schäffer gar keine Vermögensabgabe, sondern eine Vermögensteuer war, einen Entwurf, der die Entschädigungshöchstgrenze mit 15.000,-- DM vorsah und damit praktisch die entschädigungslose Enteignung nicht nur der grösseren Vermögen, sondern auch des gesamten ostdeutschen Mittelstandes verlangte. Dieser Entwurf, und dabei ist es auch in Gesetz geblieben, hat den Geschädigten die Anerkennung ihres Rechtsanspruches auf Grund der Tatbestände der Vertreibung und der Zerstörung ihres Eigentums versagt. Dieser Entwurf brachte die Geschädigten in eine aussichtslose Ausgangsposition.

Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, kennen das schwere Ringen und die harten Kämpfe um die Gestaltung dieses Gesetzes. Ich habe letzten Endes zu einem Kompromiss ja gesagt, das in keiner Weise befriedigt, und dessen Unzulänglichkeit sich im Laufe der Zeit immer mehr herausgestellt hat. Ich musste ja sagen, wenn die Verabschiedung des Gesetzes nicht um ungewisse Zeit verzögert werden sollte. Und ich habe ja gesagt unter der Voraussetzung, dass Verbesserungen an dem Gesetz vorgenommen werden und unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Durchführung des Gesetzes weitgehend in die Hände der Geschädigten und ihrer Organisationen gelegt werden sollte.

Es sind aber nicht einmal die feierlich gegebenen Versprechungen gehalten worden. Die Vorfinanzierung, die für die Jahre 1952, 1953 und 1954 mit insgesamt 1 Mrd. und 50 Mio. DM vereinbart war, ist bisher nur in Höhe

von rund 450 Mio. DM gewährt worden. Hinsichtlich der Beteiligung der Geschädigten an der Verantwortung hat man genau das Gegenteil von dem getan, was geschehen sollte. Während der Präsident des Hauptamtes in den ersten Jahren geradezu wie selbstverständlich aus den Reihen der Vertriebenen genommen wurde, ist es jetzt Tatsache, dass an der Spitze dieses wichtigsten Amtes ein Einheimischer aus dem Hause Schäffer steht. Der Vizepräsident, der dritte und vierte Mann sind genau so wenig Vertriebene wie der Staatssekretär in Bundesvertriebenenministerium.

Den vom Zentralverband der vertriebenen Deutschen vorgelegten Feststellungsgesetz haben die Herrn Schäffer und Kunze einen hartnäckigen und erfolgreichen Widerstand entgegengestellt, der lange Zeit auch von Vertriebenenminister unterstützt wurde. So brauchte dieses verhältnismässig einfache Gesetz fast zwei Jahre bis zu seiner parlamentarischen Verabschiedung, und auch diese liegt jetzt schon wieder über zwei Jahre zurück, und trotzdem ist das Verfahren immer noch nicht einwandfrei in Gang, gerade weil es von Herrn Schäffer betreut wird.

Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, dass es sinnwidrig war, die Verteilungsseite des Lastenausgleichs dem Bundesfinanzminister zu unterstellen. Das ist eine Aufgabe, die mit dem Sinn und Zweck der Steuerverwaltung in unvereinbarem Gegensatz steht. Es kommt hinzu, dass der gegenwärtige Bundesfinanzminister den Selbsthilfebestrebungen der Vertriebenen und Geschädigten und ihren Organisationen überhaupt feindlich gegenübersteht. Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wissen genau aus den Kabinettsberatungen, wie nachhaltig und mit welchem Erfolg Herr Schäffer bis in die letzten Tage sich bemüht hat zu verhindern, dass irgendeine Persönlichkeit, die den ZvD angehört, in irgendeiner Weise in die Verantwortung eingebaut wird.

Wenn es einen Tatbestand gibt, der schlüssig beweist, wie sehr die Vertriebenenfrage noch ungelöst ist, dann ist das die Lage der Bauern und Landwirte aus den Vertreibungsgebieten und der Sowjetzone. Wenn man die Vollbauernstellen berücksichtigt, die bisher errichtet worden sind, dann sind etwa 5 % erst wieder zu einer eigenen Scholle gekommen. Das Bundesvertriebenengesetz hat bestimmt, dass jährlich 150 Mio. DM für Siedlungszwecke in den Etat einzusetzen sind. Herr Bundesfinanzminister Schäffer hat unmittelbar nach Verabschiedung dieses Gesetzes, also schon in ersten Jahre, diesen Betrag nicht in den ordentlichen Haushalt eingesetzt, und es gelang damals nur in Wege einer Kampfabstimmung mit Hilfe der Opposition 75 Mio. DM aus dem ausserordentlichen Etat in den ordentlichen zu übertragen. Auch in den neuen

Etat ist dieser Betrag wieder nicht eingesetzt worden, ohne dass es diesmal zu einer solchen Entscheidung in Plenum gekommen ist. Wenn ich dann noch hinzufüge, dass der Bundesfinanzminister jeder Steuererleichterung für die Vertriebenen hartnäckigsten Widerstand entgegengesetzt hat, und dass er die bestehenden Erleichterungen in seiner "Steuerreform" den Vertriebenen zum erheblichen Teil wieder wegnehmen will, so glaube ich, genügend klargelegt zu haben, dass es den Vertriebenen und Flüchtlingen nicht weiter zugenutzt werden kann, dass die Verteilung der Lastenausgleichsmittel gerade diesen Mann zur Überwachung anvertraut ist.

Seit den Bundestagswahlen hat sich ein ebenso unbegründeter wie gefährlicher jedoch offensichtlich zweckbetonter Optimismus in der Beurteilung der Vertriebenenfrage breitgemacht. Wie Sie wissen, ist unmittelbar nachher sogar die Frage aufgeworfen worden, ob wir das Vertriebenenministerium überhaupt noch brauchen, und Herr von Brentano hat in seiner Rede bei der Debatte zur Regierungserklärung der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass nach vier Jahren von Vertriebenenproben, abgesehen von Gedanken an die Heimat, nicht mehr gesprochen werden würde.

Allein der Hinweis auf die ungelöste Bauernfrage zeigt, welch ein gefährlicher Irrtum hier wirksam ist. Gewiss gibt es viele Vertriebene, die wieder einen guten Start gefunden haben, und ich bitte, meine Ausführungen nicht dahin zu verstehen, als ob ich nun alles in Grund und Boden kritisieren und nicht anerkennen wollte, dass Vieles geschehen ist. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass für Millionen das Problem noch völlig ungelöst ist. Es sind dies nicht nur die Bauern und Landwirte, es sind die Alten und Erwerbsunfähigen, die Rentner, und es sind die vielen Hunderttausende, die einen auf die Dauer nicht tragbaren sozialen Abstieg haben hinnehmen müssen, es ist unsere gewerbliche Wirtschaft, die an einen völligen Mangel an Eigenkapital leidet, der sie auch bei einer leichten Krise ersten Gefahren aussetzen wird, es ist vor allen unsere Jugend, die unter schwierigsten Bedingungen den Kampf ums Dasein aufnehmen muss.

Und dann die zwei Millionen Sowjetzonenflüchtlinge, für die Durchgreifendes bisher nicht geschehen ist. Ich weiss auch nicht, wie man diesen Optimismus zur Schau tragen kann und rechtfertigen will angesichts der Bedrohung aus der Sowjetzone. Hat man schon vergessen, dass wir Monate gehabt haben, in denen Vierzigtausend und mehr herüberkamen, und weiss man nicht, dass es in der Macht der Russen liegt, diese Zahl und eine noch höhere uns monatlich wieder herzuschicken? Es ist wie gesagt ein gefährlicher Irrglaube anzunehmen, dass dieses Problem in wesentlichen gelöst, und dass diese Gefahr vorüber ist. (Vergl. Bundesinnenminister Schröder: "Die Krise wartet nicht".)

Ich weiss auch nicht, ob es angesichts der sozialen Lage von Millionen der Geschädigten und anderer Volkskreise gerechtfertigt ist, eine "Steuerreform" durchzuführen, die nach der Angabe des Bundesfinanzministers einen Minderertrag an Steuern von 2,3 Mrd. DM pro Jahr zur Folge haben wird. Ich darf mich auf die Feststellung des Herrn Kollegen Dr. Gerstenaier beziehen, dass der "Rheinische Volkswagen" und alles, was damit zusammenhängt, es ausschliessen, dass wir aus dem Ausland eine finanzielle Hilfe für die Vertriebenen bekommen werden. Da zeigt sich doch ganz offensichtlich, dass sich die unangenehme Schonung, mit der man den von Krieg nicht betroffenen Besitz beim Lastenausgleich behandelt hat, auch noch in weiterer Weise zum Nachteil der Vertriebenen auswirkt, indem die Folgeerscheinungen dieser schonenden Behandlung es verhindern, dass den Vertriebenen von aussen Hilfe gebracht wird.

Alle diese Vorgänge und Symptome zeigen, dass in der Innenpolitik der Partei die Voraussetzungen für eine konstruktive Lösung des Problems nicht gegeben sind.

Mit grosser Sorge erfüllt die Vertriebenen auch die Behandlung ihres ersten Anliegens, des Rechtes auf die Heimat und des Anspruchs auf die Rückkehr in die Heimat in Rahmen der Aussenpolitik der CDU. Von der Wiedervereinigung Deutschlands wird zwar sehr viel gesprochen, nach dem allgemeinen Sprachgebrauch wird darunter jedoch lediglich die Vereinigung der Sowjetzone mit der Bundesrepublik verstanden. Der Bundestag hat auf eine Anregung, die von der Führung des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen kam, am 18. März 1953 einen Beschluss dahin gefasst, dass die Wiedervereinigung ihre Grenze nicht an der Oder-Neisse-Linie finden darf. Dieser Beschluss hat aber an der oben erwähnten Sprachregelung der Öffentlichkeit nichts geändert. Die Regierung hat von sich aus nichts dazu getan, um dieser Entwicklung entgegenzutreten, und ich habe erst bei der letzten aussenpolitischen Debatte feststellen müssen, dass auch Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, das Wort "Wiedervereinigung" in dem oben gekennzeichneten engen Sinne gebrauchten.

In der Öffentlichkeit sind gerade in letzter Zeit Äusserungen erfolgt, in denen praktisch die deutschen Vertreibungsgebiete schon abgeschrieben worden. Die Bundesregierung ist solchen Äusserungen nicht entgegengetreten, auch nicht, nachdem ich Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wiederholt darauf hingewiesen habe.

Das Bekenntnis zur Wiedervereinigung kann auch nicht nur mit Worten erfolgen. Es wirkt wenig überzeugend, wenn zwar die Wiedervereinigung als das oberste Ziel der Politik der Bundesregierung hingestellt wird, aber gleichzeitig

hier in Bonn ein Auswärtiges Amt mit fast tausend Zimmern errichtet wird. Soll das noch ein Provisorium sein?

Ich müsste es auch als eine sehr unglückliche Massnahme bezeichnen, wenn es an Ihrem Widerstand und dem der CDU scheitern würde, dass die Wahl des Bundespräsidenten in Berlin vorgenommen wird. Eine negative Entscheidung müsste sowohl bei allen Vertriebenen hier, als auch bei den Bewohnern der Sowjetzone eine niedrdrückende Wirkung haben.

Wie Sie wissen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, habe ich mich von vornherein und ohne Zögern zu Ihrer Aussenpolitik bekannt, und zwar deshalb, weil ich sie für richtig hielt. Ich habe meine Meinung nicht geändert, aber die Methoden, mit denen Sie Ihr Ziel insbesondere in der Saarfrage verfolgen, haben Zweifel und Besorgnisse in mir ausgelöst. Die Vertriebenen haben sich seit langen zu den europäischen Gedanken bekannt, und sie sind gewiss bereit, zur Überwindung des nationalstaatlichen Denkens beizutragen. Aber diese Gesinnung darf nicht nur auf der einen Seite vorhanden sein. Ein wirkliches Europa kann nur entstehen, wenn gleiche europäische Gesinnung bei allen Beteiligten wirksam ist. Dass diese Voraussetzung auch bei Frankreich vorhanden ist, das muss nach seinem bisherigen Verhalten bezweifelt werden.

Sie haben in der letzten aussenpolitischen Debatte des Bundestages erklärt, dass die Europäisierung der Saar nur in Zusammenhänge mit der Bildung einer europäischen politischen Gemeinschaft erfolgen kann, und Sie haben neulich in der Fraktion gesagt, dass Sie diesen Grundsatz in Gespräch mit Herrn Teitgen nicht aufgegeben haben. Dann erhebt sich aber doch sofort die Frage: Wie ist eine solche Verbindung in Augenblick möglich, da von der Errichtung einer europäischen politischen Gemeinschaft noch gar nicht die Rede sein kann?

Wie ich Ihnen vor kurzem schon in der Fraktion sagte, haben mich folgende Sätze mit großer Bestürzung erfüllt, die Sie am 29. April im Bundestag gesprochen haben:

"Darum führt es uns leider nicht weiter, wenn wir in weitläufige und tiefgründige Untersuchungen über die aktuelle Rechtslage eintreten. Wenn wir keine Chance haben, für die Realisierung unseres noch so begründeten Rechtsstandpunktes die Unterstützung der Welt zu gewinnen, so bleibt uns, wenn wir eine realistische Politik machen wollen, nichts anderes übrig, als Ausschau nach einer neuen Lösung zu halten."

Ich habe schon damals ausgeführt, daß, wenn wir den Rechtsstandpunkt aufgeben, wir auch in der Oder-Neiße-Frage unsere beste, vielleicht einzige Waffe aus der Hand geben. Meine Besorgnisse sind verstärkt worden durch die Behandlung, die Herr Professor Dr. Friedensburg und Herr Abgeordneter Diehl auf dem Parteitag in Köln erfahren haben, und die überall den Eindruck erwecken mußte, daß in der CDU in diesen Fragen eine freie Meinungsäußerung nicht mehr möglich ist.

Die Vertriebenen werden auch in Zukunft weder an ihrer Friedensliebe noch an ihrer europäischen Gesinnung einen Zweifel aufkommen lassen, aber sie werden ebenso wenig die Welt im Ungewissen darüber lassen, daß sie niemals das Recht auf ihre Heimat preisgeben werden. Sie werden deshalb in Zukunft eine sehr viel deutlichere Sprache sprechen und sie werden nachdrücklich von der Regierung verlangen, daß sie sich hinter dieses Recht stellt und offen dazu bekennt.

Ich habe schon im vergangenen Bundestag hingewiesen auf die sehr aktive Propaganda, die von Exilpolen und Exiltschechen im Auslande gegen unsere Rechtsansprüche betrieben wird, und daß wir dieser Propaganda nichts Gleichwertiges gegenüberstellen können. Daran hat sich nichts geändert. Wir haben immer noch keine Ostabteilung im Außenministerium, sondern nur ein Referat. Von dem Wirken dieses Referats ist gar nichts oder nur wenig zu spüren.

Nach alledem und insbesondere nach diesen Vorgängen auf dem Bundesparteitag und nach der Aufnahme, die meine oppositionelle Haltung neulich in der Fraktion gefunden hat, sehe ich keine Möglichkeit mehr, meine Auffassung in der Frage des Heimatrechtes mit Aussicht auf Erfolg in der CDU zu vertreten.

Wenn ich mich entschlossen habe, dem Gesamtdeutschen Block/BHE beizutreten, so gehe ich damit einen Weg, den Sie selbst, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, das stelle ich hiermit fest, mir und meiner Ansicht nach den Vertriebenen überhaupt gewiesen haben.

Wie schon erwähnt, haben Sie nach der Bundestagswahl ein Gespräch auch nur mit einem Vertriebenenabgeordneten der CDU/CSU nicht für notwendig gehalten, jedenfalls nicht aus Anlaß der Regierungsbildung. In völliger Nichtachtung des Wahlergebnisses hielten Sie es für vertretbar, daß 3,5 Mio. Wähler der CDU/CSU und die Abgeordneten aus dem Lager der Vertriebenen und Flüchtlinge einfach von der Verantwortung ausgeschlossen wurden. Ich habe Ihnen schon am Tage der Regierungserklärung in der Fraktion gesagt, daß ich es allen Vertriebenen und Flüchtlingen sichtbar machen werde, wie Sie Ihre eigenen Vertriebenen behandeln, und ich ziehe jetzt lediglich die Konsequenz aus Ihrer Haltung seit der Bundestagswahl, die den Block als die parteipolitische Vertretung der Vertriebenen und Flüchtlinge legitimiert hat.

Um Mißdeutungen, wie sie jetzt schon in die Presse lanciert wurden, von vornherein entgegenzutreten, weise ich auf folgenden Vorgang hin:

Als der Abgeordnete Schütz in den Tagen der Regierungsbildung einmal zu Herrn Staatssekretär Globke ging, da haben wir beide vorher über die Situation gesprochen und die letzte Frage, die Herr Schütz an mich richtete, war:

"Soll ich es an der Personenfrage scheitern lassen?"

Meine Antwort lautete:

"Selbstverständlich nicht!"

Es ging also nicht um meine Person.

Die Begründung des Austritts aus einer Partei machte es notwendig, auf das Vergangene einzugehen. Sie wissen genau, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, daß Vieles ungesagt geblieben ist, und ich habe es bewußt vermieden, auf persönliche Dinge einzugehen. Ich darf mir aber wohl den Hinweis gestatten, daß sehr prominente Mitglieder der Partei und sehr enge Mitarbeiter von Ihnen schon vor den Wahlen mir gegenüber erklärt haben, daß die Grenze des Zumutbaren weit überschritten wäre. Ich bin insoweit sehr gerne zu einer Diskussion bereit.

Maßgebend ist aber für mich nicht die Vergangenheit, sondern die Zukunft. Ich gebe offen zu, daß zumindestens hinsichtlich des Zeitpunktes meiner Entscheidung die Wahlen in Nordrhein-Westfalen ausschlaggebend gewesen sind. Nach den Erfahrungen, die ich bei den Bundestagswahlen gemacht hatte, sah ich diesmal davon ab, mich irgendwie in die Kandidatenaufstellung der CDU einzuschalten. Ich darf daran erinnern, daß in der vergangenen Legislaturperiode des Landtages Nordrhein-Westfalen während des größten Zeitraums die 93 Mann starke CDU-Fraktion nicht in der Lage war, auch nur einen Vertriebenen oder Flüchtling in den Vertriebenenausschuß des Landtages zu entsenden. Jetzt liegt die Kandidatenaufstellung vor. Es wird bei der CDU-Fraktion im kommenden Landtag kaum anders sein.

Es sollen in einzelnen Wahlkreisen zwei oder drei Vertriebene aufgestellt worden sein, die jedenfalls weder aus der überparteilichen Arbeit noch aus der CDU-Vertriebenenarbeit auch nur dem Namen nach bekannt sind. Auf der Landesliste steht als 1. Vertriebene an 6. Stelle Frau Röska. Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß die Landesliste auch nicht mit einem einzigen Mandat zum Zuge kommen wird. Herr Reichsminister a.D. von Keudell und Herr Epleé, meine Nachfolger im Vorsitz des Bundesvertriebenen Ausschusses der CDU bzw. des CDU-Landesverbandes der Gebiete östlich der Oder-Neiße, sind wiederum übergegangen worden, genau so wie bei der Bundestagswahl.

Nun wohnen aber 2,5 Mio. Vertriebene und Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen. Da die FDP an aussichtsreicher Stelle nicht einen einzigen Vertriebenen aufgestellt hat, besteht für den nicht sozialistisch eingestellten Teil dieser Bevölkerungsgruppe nur über den Block die Möglichkeit, Vertriebene in nennenswerter Zahl in den Landtag hineinzubringen. Ich will nicht weiter dazu beitragen, daß die Vertriebenenstimmen Einheimische in die Parlamente bringen, die dann nachher die Anliegen der Vertriebenen ablehnend bescheiden. Gerade die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat in dieser Hinsicht versagt. Sie hat u.a. gegen das Gesetz zu Art. 131 GG. gestimmt und auch gegen das Feststellungsgesetz, obwohl die Mehrheit des Bundesrates in beiden Fällen anders entschieden hat.

Die Vertriebenen und Flüchtlinge haben einen echten demokratischen Anspruch darauf, daß Schicksalsgefährten, die sich in der Vertriebenenarbeit bewährt haben und ihr Vertrauen besitzen, in die Parlamente einziehen. Infolge der Haltung der Parteien und insbesondere der CDU, gibt es dafür gar keine andere Möglichkeit als die Landesliste des Blocks.

Die Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen werden bei dieser Gelegenheit zu entscheiden haben, ob sie es wünschen und durchsetzen wollen, daß ihre Schicksalsgefährten ihre Ansprüche und ihre Rechte im Landtag wahrnehmen, und zwar nicht als Vertreter eines Gruppeninteresses, sondern wie jeder Abgeordnete als Vertreter des ganzen deutschen Volkes.

Ich bin mir klar darüber, daß auch der neue Weg mich vor schwierige Aufgaben und Probleme stellen wird. Er muß aber beschritten werden, weil es wirklich keinen anderen gibt. Der Gesamtdeutsche Block - schon sein Name sagt es, und noch mehr fordert es das Schicksal derer, die sich in erster Linie zu ihm bekennen - hat vor allen anderen Parteien die Aufgabe und die Verpflichtung, das Recht auf die Heimat in seine Hut und seinen Schutz zu nehmen. Die Vergangenheit hat deutlich gezeigt, daß den Vertriebenen diese Aufgabe niemand abnehmen wird.

Und er hat den sozialen Auftrag, alle Kraft einzusetzen für die Behebung der großen Not, die immer noch aus dem Vertriebensschicksal und anderen Kriegsfolgen in unserer Volke besteht.

Beide Aufgaben sind nicht vom engen Interessenstandpunkt her zu sehen und anzupacken. Es sind gesamtdeutsche Aufgaben, es sind Anliegen und Verpflichtung des ganzen deutschen Volkes.

Ich möchte abschließen mit einigen Überlegungen, vor die mich mein Gewissen seit langem gestellt hat und besonders in dieser Stunde stellt.

Im Herbst 1951, in einem Zeitpunkt, in dem nach einer amtlichen Verlautbarung des Bundesernährungsministers die Rentabilität der Landwirtschaft so gut war wie nicht seit Jahrzehnten, brachte es Herr Kunze, der Vorsitzende des Lastenausgleichsausschusses, fertig, die längst fällige Erhöhung der Unterhaltshilfe mit einer bis dahin mehrfach abgelehnten generellen Stundung der Abgabe für die Landwirtschaft zu verkoppeln. Als ich Herrn Kunze auf die Verlautbarung des Ministers hinwies, ließ er nicht etwa von seinem Vorhaben ab, sondern kritisierte lediglich diese Veröffentlichung "zur Unzeit", und infolge dieser geradezu unsittlichen Verkoppelung ging diese Stundung durch. Dieses Verhalten hat mich damals so erschüttert, daß ich es zum Gegenstand eines Rundschreibens an alle Fraktionsmitglieder machte, allerdings ohne erkennbare Wirkung.

Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler, als den Chef der größten christlichen Partei: Ist solche Politik noch christlich zu nennen, ist so etwas nicht Politik des krassen Materialismus?

Die sittlich am stärksten begründete Forderung zum Lastenausgleich war die Fortsteuerung der Rüstungs- Kriegs- und Hortungsgewinne. Selbst wenn es nicht Millionen durch Bomben und Vertreibung total Enteignete in unserer Volke gegeben hätte, hätte ein Volk solche Fortsteuerung verlangen und durchführen müssen, wenn es ihm ernsthaft nach solcher Katastrophe, wie wir Deutsche sie erlebten, an einer sittlichen Erneuerung gelegen war, und wenn es diese als entscheidend für seine Zukunft bewertete. Die Fortsteuerung der Rüstungs- Kriegs- und Hortungsgewinne ist unterblieben.

Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler, als den Chef der größten christlichen Partei, darf in einem christlich geführten Volk die Erfüllung einer sittlichen Forderung von dieser Bedeutung an technischen Schwierigkeiten scheitern, von denen sogar die Denkschrift des Bundesfinanzministeriums Ende 1949 ausdrücklich bestätigte, daß ihre Überwindung möglich ist?

Ich habe oft und hart Kritik an der Politik der CDU geübt. Ist in der CDU niemals der Gedanke aufgekommen, daß es gerade diese meine Kritik war, die der CDU das Vertrauen von Hunderttausenden von Vertriebenen gewann? Mein entschiedenes Eintreten für einen gerechten Lastenausgleich hat sicherlich für die CDU mehr Vertrauen und Wähler gewonnen, als das politische Taschenspielertricks je vermögen. Ist man innerhalb der CDU nie auf den Gedanken gekommen, daß ich meine mitunter auch robuste Kritik nicht nur im Interesse der Vertriebenen übte, sondern weil ich mich mindestens ebenso leidenschaftlich um eine wahrhaftige und deswegen glaubwürdige christliche Politik der CDU den Vertriebenen gegenüber bemühte? Die Worte, die mir Herr von Brentano auf dem Parteitag der CDU in Hamburg im vergangenen Jahr widmete, schienen aus solchen Gedanken zu kommen, aber es sind Worte geblieben.

Wenn ich als Christ den berufslosen Tatbestand der Vertreibung aus der Jahrhunderte alten Heimat von 12 Millionen Menschen im Kulturzentrum der Welt, im christlichen Abendland, durchdenke, komme ich immer zu dem Schluß, daß Gott dieses Herausreißen der Menschen aus allen nur denkbaren irdischen Geborgenheiten zuließ, um den Menschen unserer Zeit die Fragwürdigkeit aller materiellen Geborgenheit zu demonstrieren. Hat die bisherige Politik der Bundesrepublik auf diesen Anruf Gottes in unserer Zeit Antwort gegeben? Ist der Materialismus infolge einer zielbewußten christlichen Politik in der Bundesrepublik etwa geringer geworden?

Da kamen die Vertriebenen hoffend und bereit, einem Tatchristentum zu begegnen und es selbst zu üben. Da kamen sie als beste Europäer wohl wissend, daß der Weg in die unvergeßliche Heimat nur über Europa führt. Da kamen sie als kompromißlose Gegner jenes Systems, das ihnen ihr Eigentum, ihre Freiheit, ihre Heimat nahm. Kann ich es bei solchem Überlegen verantworten, daß diese Menschen, die aus bittersten eigenem Erleben Christen, Demokraten und Europäer sind, politisch und auch wirtschaftlich immer weiter entmündigt werden und bleiben? Sind diese Menschen nicht dazu berufen, alle die, die der Krieg hier verschonte, anzusprechen, soweit sie noch unruhig sind und nicht zu den Reichen gehören, denen die Schrift droht, und mit ihnen an einem wirklichen Sozialstaat zu bauen und diesen einzubringen in ein geeintes Europa, das auch Osteuropa gewinnen will? Die Krise wartet nicht.

In einer Zeitschrift, die kein Blatt der Vertriebenen ist, wurde ich einmal der Anwalt der Vertriebenen genannt.

Diesem Namen gerecht zu werden, habe ich mich immer bemüht und werde ich mich auch weiter bemühen. Weil ich den Vertriebenen gegenüber wahrhaftig und daher glaubwürdig im Christlichen, im Sozialen und im Demokratischen bleiben will, muß ich einen anderen Weg gehen.

Ich bleibe mit verbindlichen Grüßen

Ihr ergebener

gez. Dr. Linus Kather

Konrad-Adenauer-Stiftung/ACDP